

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

20. Januar 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 16.01.14 wurden bei dem NATO-Luftangriff in der ostafghanischen Provinz Parwan mehrere Zivilisten getötet. Die afghanische Regierung spricht von sieben Kindern und einer Frau, während die NATO den Tod von zwei Zivilisten meldet. Am 17.01.14 griffen drei Attentäter ein libanesisches Lokal im Diplomatenviertel von Kabul an. Einer der Angreifer sprengte sich im Eingangsbereich in die Luft, die anderen lieferten sich einen Schusswechsel mit Sicherheitskräften. Bei dem Anschlag kamen neben den Angreifern mindestens 21 Menschen ums Leben, darunter viele Ausländer. Die Taliban übernahmen die Verantwortung für den Anschlag. Ein Sprecher erklärte, der Selbstmordanschlag sei ein Vergeltungsakt für den NATO-Luftangriff und habe gezielt Ausländern gegolten. Die afghanische Regierung allerdings macht ausländische Geheimdienste für den Anschlag verantwortlich. Ohne dies ausdrücklich zu erwähnen, zielt diese Äußerung gegen das Nachbarland Pakistan.

Anstieg der zivilen Opfer im Jahr 2013

Nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) stieg die Zahl der zivilen Todesopfer und Verletzten in den ersten elf Monaten des Jahres 2013 um 10 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Abwärtstrend des Jahres 2012 hat sich damit gewandelt, die Opferzahlen ähneln nun jenen aus dem Jahr 2011, in dem die bisher höchsten Zahlen registriert wurden. Nach Mitteilung der UNAMA gab es zwischen dem 01.01.13 und dem 30.11.13 7.899 zivile Opfer (2.730 Tote und 5.169 Verletzte). Für drei Viertel der Opfer werden die Regierungsgegner (Taliban u.a.) verantwortlich gemacht. Die meisten Opfer werden durch improvisierte Sprengfallen (IEDs) und Selbstmordanschläge verursacht (insg. 49 %). Besorgniserregend sei, dass der Anteil der Kinder an den Opfern um 36 % gegenüber 2012 gestiegen ist. UNAMA registrierte 491 getötete und 1.018 verletzte Kinder in Folge des bewaffneten Konflikts. Unter den zivilen Opfern sind laut UNAMA auch 1.081 Personen, die bei gezielten Angriffen getötet (740) oder verletzt (341) wurden. Diese Personen haben für die Regierung oder ausländisches Militär gearbeitet bzw. es wurde ihnen eine Unterstützung dieser Organisationen seitens der Regierungsgegner unterstellt.

Weitere und detailliertere Angaben zu Opfern des Konflikts, zur Lage von Gefangenen und zur Gewalt gegen Frauen können dem „Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in Afghanistan and on the achievements of technical assistance in the field of human rights in 2013“ vom 10.01.14 entnommen werden.

Opiumproduktion stieg seit 2001 an

Gemäß einem Bericht für den US-Kongress ist die Anbaufläche von Schlafmohn von 8.000 Hektar im Jahr 2001 auf heute 209.000 Hektar gestiegen. Die Taliban sollen bis zu 400 Millionen Dollar pro Jahr aus dem Opium-Handel verdienen. Einige Analysten befürchten, Afghanistan könnte zu einem „Narcostaat“ („narcocriminal state“) werden.

Pakistan

Sicherheitslage

Bei der Explosion einer ferngezündeten Bombe in einer Moschee in Peshawar starben am 16.01.14 mindestens neun Menschen. Über 60 Personen wurden verletzt. Bei einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi in Bannu (Provinz Khyber Pakhtunkhwa, Nordwestpakistan) starben am 20.01.14 mindestens 20 Soldaten, 30 wurden verletzt. Die pakistanischen Taliban bekannten sich zu dem Anschlag. Bei einem weiteren Anschlag der Taliban am 20.01.14 nahe dem Hauptquartier der pakistanischen Armee in Rawalpindi wurden mindestens neun Menschen getötet und zwölf verletzt.

Nach Angaben des Pakistan Institute for Peace Studies (PIPS) ereigneten sich im vergangenen Jahr 687 religiös motivierte Morde, 22 % mehr als 2012. Insgesamt wurden 4.725 Menschen Opfer von terroristischen und anderen Gewalttaten.

Syrien

Nationale Koalition will an Syrien-Friedenskonferenz teilnehmen

Das Oppositionsbündnis Syrische Nationale Koalition hat sich am 18.01.14 mit 58 zu 14 Stimmen bei einer Abstimmung in Istanbul dazu entschieden, an der Syrien-Friedenskonferenz teilzunehmen. Sie soll ab 22.01.14 in Montreux/Schweiz stattfinden.

UN-Generalsekretär lädt auch Iran zu Syrien-Friedenskonferenz ein

Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon erklärte am 19.01.14, er habe auch die iranische Regierung zur Syrien-Friedenskonferenz eingeladen. Er sei nach Gesprächen mit dem iranischen Außenminister Mohammed Jawad Sarif der Auffassung, die iranische Regierung unterstütze den Plan für einen politischen Übergang in Damaskus, der das Ergebnis einer Konferenz im Jahr 2012 war. Westliche Staaten und solche aus der Golfregion hatten sich über eine Teilnahme Irans an der Konferenz skeptisch geäußert. Nach der Einladung Irans drohte die Syrische Nationale Koalition mit einem Boykott des Treffens. Auch die USA äußerten sich besorgt.

Angebote der syrischen Regierung

Kurz vor der geplanten Syrien-Friedenskonferenz bot der syrische Außenminister Walid al-Muallim nach einem Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Lawrow den Aufständischen eine Waffenruhe in der umkämpften Stadt Aleppo und einen Gefangenenaustausch an.

Libanon

Sieben Tote nach Raketenbeschuss

Durch den Bürgerkrieg in Syrien wird auch der Libanon destabilisiert. Die Anzahl von Gewalttaten steigt. In der libanesischen Grenzstadt Arsal wurden bei einem Raketenbeschuss am 17.01.14 mindestens sieben Personen getötet und fünfzehn verletzt.

Prozess gegen mutmaßliche Hariri-Attentäter begann

Am 16.01.14 begann vor einem UN-Sondertribunal in Den Haag der Prozess gegen vier libanesischen Schiiten, die der radikal-islamischen Hizbollah angehören. Sie werden beschuldigt, den Anschlag am 14.02.05 auf den ehemaligen libanesischen Regierungschef Rafik Hariri geplant zu haben, bei dem er und 22 weitere Personen durch eine Autobombe getötet wurden. Die Angeklagten sind flüchtig. Der Prozess wird ohne sie geführt. Die pro-iranische Hizbollah bestreitet eine Beteiligung am Anschlag. Zeitgleich mit dem Prozessbeginn explodierte am 16.01.14 in der Stadt Hermel (im Nordosten), die als Hochburg der Hizbollah gilt, eine Autobombe. Sie tötete drei Menschen und verletzte mehr als 40.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Netanjahu zu Friedensgesprächen nach Jordanien gereist

Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu reiste am 16.01.14 überraschend nach Jordanien, um mit König Abdullah II. über den Nahost-Friedensprozess zu beraten. Es wurde insbesondere diskutiert, wie in einem abschließenden Friedensvertrag die Sicherheitszusammenarbeit zwischen Jordanien, Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten intensiviert werden kann. Vor allem die Sicherung der Grenze am Jordanfluss ist umstritten. Auch der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas war in Amman. Offiziell hieß es nach dem Treffen, es sei darum gegangen, „in dieser entscheidenden Phase den Erwartungen der Palästinenser gerecht zu werden und zugleich die jordanischen Interessen zu schützen“. Hintergrund des Treffens bilden die Bemühungen des US-Außenministers John Kerry, Israelis und Palästinenser zur baldigen Zustimmung zu einem Rahmenabkommen zu bewegen.

Israel lässt bekannten Hamas-Führer frei

Nach über zwei Jahren Haft hat Israel am 19.01.14 den bekannten Anführer der radikalislamistischen Palästinenserorganisation Hamas, Hassan Jussef, aus dem Gefängnis entlassen. Jussef, einer der Hamas-Mitbegründer und Mitglied des Palästinensischen Legislativrats in Ramallah, wurde im November 2011 wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen. Ein Dutzend Anhänger empfingen ihn am Kontrollpunkt Beitunya zum Westjordanland.

Jemen

Iranischer Diplomat von Unbekannten erschossen

Bei einem Anschlag in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa ist am 18.01.14 ein iranischer Diplomat getötet worden. Die Angreifer sind unbekannt. Das Verhältnis zwischen der schiitisch dominierten Islamischen Republik Iran und dem überwiegend von Sunniten bevölkerten Jemen ist gespannt. Der Jemen wirft Iran unter anderem vor, die schiitischen Saidi-Rebellen im Norden des Jemen zu unterstützen. Im Juli vergangenen Jahres war in Sanaa ein iranischer Diplomat verschleppt worden. Bis heute ist er in den Händen der Entführer.

Türkei

Korruptionsaffäre

Im Rahmen der Ermittlungen zur Korruptionsaffäre wurden am 16.01.14 erstmals auch Staatsanwälte veretzt. Nach Angaben des Hohen Richterrats (HSYK) wurden 20 Staatsanwälte aus Istanbul in verschiedene Provinzen umgesetzt, darunter auch der oberste Staatsanwalt von Istanbul. Der Richterrat gab zugleich bekannt, dass er Korruptionsermittlungen gegen führende Staatsanwälte zugestimmt habe. Am 17.01.14 kam es zu Entlassungen von zahlreichen Bediensteten bei staatlichen Aufsichtsbehörden und Medien. Nach türkischen Medienberichten seien auch drei Spitzenbeamte der Bankenaufsicht BDDK ihrer Ämter enthoben, bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation fünf Abteilungsleiter entlassen sowie beim staatlichen Fernsehsender TRT ein Dutzend leitender Redakteure und Abteilungsleiter abgesetzt worden.

Zudem wurden erstmals konkrete Summen in dem Korruptionsskandal bekannt. Demnach wirft die Staatsanwaltschaft vier ehemaligen Ministern vor, zusammen mehr als 44 Millionen Euro an Bestechungsgeldern angenommen zu haben.

Ministerpräsident Erdogan strebt inzwischen eine Reform des Justizwesens an, durch die die Regierung mehr Macht bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten erhalten würde. Abgeordnete der Opposition bezeichnen dies als „verfassungswidrig“ und fordern, die Pläne zurückzunehmen. Der umstrittene Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, den Hohen Richterrat, ein nominell unabhängiges Justizkontrollgremium, stärker politisch zu kontrollieren. Künftig soll das Justizministerium das letzte Wort bei der Besetzung juristischer Schlüsselfunktionen haben.

Proteste gegen Internet-Gesetz

Am 18.01.14 kam es bei einer Demonstration gegen ein geplantes Internet-Gesetz auf dem Taksim-Platz zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und den Sicherheitskräften. Nachdem aus der Menge Brandsätze auf Polizisten geworfen wurden, wurde die Demonstration unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst.

Nach dem geplanten Gesetz soll es der türkischen Aufsichtsbehörde für Telekommunikation erlaubt werden, Webseiten ohne richterliche Anordnung zu blockieren, denen vorgeworfen wird, die Privatsphäre zu verletzen. Zudem sollen Internet-Unternehmen Nutzerdaten zwei Jahre lang speichern. Kritiker sehen darin eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle des Internets und sprechen von Zensur. Die Regierung erklärte, es gehe im Wesentlichen nur um den Schutz von Kindern und der Privatsphäre.

Ägypten

Verfassung angenommen

Nach Angaben der Wahlkommission vom 18.01.14 wurde der Verfassungsentwurf bei einer Wahlbeteiligung von 38,6 % mit 98,1 % der Stimmen angenommen. Beobachter kritisierten das Fehlen einer flächendeckenden, unabhängigen Wahlbeobachtung.

Die Muslimbruderschaft hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen. Während am 14.01.14, dem ersten Tag der Abstimmung, landesweit elf Menschen bei Zusammenstößen ums Leben kamen, verlief der zweite Abstimmungstag weitgehend ruhig.

Die neue Verfassung garantiert u.a. die Gleichheit von Mann und Frau, schützt die christliche Minderheit und verbietet die Gründung von Parteien auf religiöser Grundlage. Das Militär wird bis mindestens 2022 die eigentliche Macht im Lande sein. So wird ihm für die nächsten acht Jahre gestattet, den Verteidigungsminister zu ernennen.

Diese Verfassung ersetzt die islamistisch geprägte Verfassung, die unter Präsident Mursi im Dezember 2012 bei einer Wahlbeteiligung von 32,9 % mit 63,8 % der Stimmen angenommen worden war.

Tote bei Protesten gegen die Verfassung

Mindestens fünf Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi kamen bei Protesten gegen die neue Verfassung ums Leben. In Fajum starben bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften zwei Demonstranten. Krawalle in Kairo forderten drei weitere Menschenleben.

Libyen

Ausnahmezustand

Die libysche Regierung verhängte am 19.01.14 nach anhaltenden Auseinandersetzungen im Süden den Ausnahmezustand über die Region. Der Allgemeine Nationalkongress kam zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, nachdem Kämpfer eine Luftwaffenbasis im Süden des Landes gestürmt hatten. Zudem wurden die Streitkräfte des Landes in Alarmbereitschaft versetzt. Im Süden Libyens hatten sich verfeindete Stämme bereits seit Tagen Kämpfe geliefert. Nach Angaben des libyschen Verteidigungsministeriums sei die Lage auf der Basis und in der nahen Stadt Sebha inzwischen wieder unter Kontrolle.

Algerien

Präsidentenschaftswahl

Die Präsidentenschaftswahl soll am 17.04.14 stattfinden. Dies legte der amtierende Präsident Abdelaziz Bouteflika am 17.01.14 nach seiner Rückkehr von einem erneuten Krankenhausaufenthalt in Frankreich fest. Bouteflika hat sich eine erneute Kandidatur für eine vierte Amtszeit bisher offengehalten. Dahingegen hat der ehemalige algerische Ministerpräsident Ali Benflis seine Kandidatur bereits angekündigt. Benflis war von 2000 bis zu seiner Entlassung 2003 durch Bouteflika Ministerpräsident. 2004 trat er bei den Präsidentenwahlen gegen ihn an. Er wurde damals von einem großen Teil der regierenden FLN-Partei unterstützt, kam aber nur auf sechs Prozent der Stimmen.

Nigeria

Anti-Homosexuellen-Gesetz in Kraft getreten

Am 13.01.14 wurde bekannt, dass Staatspräsident Goodluck Jonathan trotz internationaler Proteste bereits am 07.01.14 das Gesetz „Same Sex Marriage (Prohibition) Bill“ – Gesetz über das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen – unterzeichnet hatte. Das damit in Kraft getretene Gesetz sieht 14 Jahre Haft für Eheschließungen und eingetragene Partnerschaften zwischen zwei Frauen oder zwei Männern vor. Personen, die an einer solchen Zeremonie teilnehmen oder sie unterstützen, drohen zehn Jahre Haft. Ferner kann auch jemand, der „seine Liebesbeziehung zu einem Menschen des gleichen Geschlechts direkt oder indirekt öffentlich zeigt“, mit zehn Jahren Haft bestraft werden. Dieses Strafmaß ist auch für die Gründung und Unterstützung von Klubs, Organisationen oder anderen Einrichtungen für Schwule und Lesben vorgesehen. US-Außenminister John Kerry kritisierte Nigerias Regierung am 13.01.14 dafür, dass sie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ihrer Bürger auf gefährliche Weise beschränke und Verfassungsklauseln zum Schutz der Menschenrechte aushöhle.

Homosexuelle Handlungen können in Nigeria nach säkularem Recht mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 14 Jahren und nach Scharia-Recht in besonderen Fällen mit dem Tod durch Steinigung bestraft werden.

Verfolgung Homosexueller

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen wurde in der Presse über Fälle von Verfolgung Homosexueller berichtet. So soll laut Angaben des Vorsitzenden der staatlichen Scharia-Kommission des nördlichen Bundesstaates Bauchi im Dezember 2013 die Bevölkerung geholfen haben, zehn (nach anderen Angaben elf) Muslime und einen Christen zu verhaften, die der Homosexualität verdächtig sind. Einer der verhafteten Muslime wurde von einem Scharia-Gericht zu 20 Peitschenhieben verurteilt. Die Strafe wurde bereits vollstreckt. Zugunsten des Angeklagten berücksichtigte man, dass seine Vergehen bereits sieben Jahre zurücklagen. Die Verhandlung von zwei weiteren muslimischen Angeklagten soll am 23.01.14 stattfinden. Laut Angabe von Dorothy Aken'Ova, der Gründerin und Leiterin der nigerianischen NGO „International Center for Reproductive Health and Sexual Rights“, soll die Polizei im Bundesstaat Bauchi über die Weihnachtsfeiertage vier männliche Homosexuelle verhaftet und gefoltert haben, bis diese die Namen weitere Mitglieder einer Homosexuellenorganisation genannt hätten. Die Polizei habe bisher 38 Personen verhaftet und suche nach 168.

Boko Haram: Autobombenanschlag in Maiduguri

Am 14.01.14 gegen 13:30 Uhr explodierte eine Autobombe auf dem „GSM Markt“ von Maiduguri (Hauptstadt des nordostnigerianischen Bundesstaates Borno). Hierbei sollen etwa 40 Personen getötet und rund 50 verletzt worden sein. Die Armee teilte am 15.01.14 mit, sie habe eine Videobotschaft von Abubakar Shekau, dem Anführer der islamistischen Organisation Boko Haram, erhalten, in der die Gruppe die Verantwortung für den Anschlag übernahm und mit weiteren Anschlägen drohte.

Sudan

Mangel an Mehl und Kochgas

In mehreren Bundesstaaten einschließlich der Hauptstadt Khartum sind Mehl und Flaschengas zum Kochen Mangelware. Viele Bäckereien beklagen, dass sie nur die Hälfte oder noch weniger der zugedachten Menge Weizenmehl erhielten. Vorschlägen des Bäckerverbandes, den Preis für Brot zu erhöhen oder das Gewicht der Laibe zu reduzieren, lehnte die Regierung ab.

Sudan importiert jährlich 2 Mio. Tonnen Weizen für 900 Mio. USD.

Im Herbst 2013 führte die Kürzung von Subventionen für Bedarfsgüter mit Ausnahme von Brot zu landesweiten Protesten, bei denen mehr als 200 Menschen ums Leben kamen.

Die Subventionskürzungen sind Bestandteil eines Wirtschaftsplans aus dem Jahr 2012, mit dem die Staatsausgaben um 1,23 Mrd. USD gesenkt werden sollen.

Südsudan

Flüchtlinge sterben bei Fährunglück

Bei einem Fährunglück auf dem Weißen Nil kamen am 12.01.14 oder 14.01.14 (die Angaben variieren nach Quelle) 200 bis 300 Flüchtlinge ums Leben. Bei den Opfern handelt es sich überwiegend um Familien mit Kindern, die vor Kämpfen zwischen den Rebellen um Riek Machar und der Armee aus Malakal, der Hauptstadt des Bundesstaates Upper Nile, nach Sudan fliehen wollten.

Hoffen auf Waffenstillstand/Andauernde Kämpfe

Ein Sprecher von Präsident Salva Kiir verkündete am 15.01.14, die Regierung erwarte bei den Verhandlungen in Addis Abeba den baldigen Abschluss einer Waffenstillstandsvereinbarung mit den Rebellen. Die Kämpfe in den Bundesstaaten Jonglei, Unity und Upper Nile dauern an. UNMISS (United Nations Mission in South Sudan) schätzt die Anzahl der Toten, die der Konflikt bisher gefordert hat, auf bis zu 10.000. Mehr als 400.000 Zivilisten seien durch die Kämpfe aus ihren Wohnorten vertrieben. Die meisten sollen sich als Binnenvertriebene in Südsudan aufhalten und etwa 80.000 Menschen in Nachbarstaaten geflohen sein.

Guinea

Regierung trat zurück

Die seit drei Jahren amtierende Regierung Guineas ist am 15.01.14 zurückgetreten, um den Weg für einen demokratischen Übergang zu ebnen. Ministerpräsident Mohammed Said Fofana und sein komplettes Kabinett legten ihre Ämter zwei Tage nach der konstituierenden Sitzung der neugewählten Nationalversammlung nieder, wie das Büro von Präsident Alpha Condé mitteilte. Einen Zeitplan für die Ernennung eines neuen Regierungschefs gibt es noch nicht.

Somalia

Neues Kabinett vorgestellt

Abdiweli Sheikh Ahmed, seit Dezember 2013 neuer Premierminister, stellte am 17.01.14 nach mehrtägigen Verhandlungen mit Vertretern der einflussreichsten Clans sein Kabinett vor. Es soll aus 25 Ministern, 25 stellvertretenden Ministern und fünf Staatsministern bestehen. Dem Kabinett werden zwei Frauen angehören.

Neuer Präsident in Puntland

Das Parlament in Puntland wählte am 08.01.14 den früheren somalischen Premierminister der Übergangsregierung, Abdiweli Mohamed Ali „Gas“, mit einer Mehrheit von nur einer Stimme zum Präsidenten. Abdiweli Mohamed Ali löst Abdirahman Mohamed Mohamud „Farole“ ab. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt fünf Jahre.

Uganda

Präsident stoppt Gesetz gegen Homosexualität

Einem Bericht der kenianischen Tageszeitung Daily Monitor vom 17.01.14 zufolge verwies Präsident Yoweri Museveni ein drastische Strafen vorsehendes Gesetz gegen Homosexualität zurück ans Parlament zur weiteren Diskussion. Das Parlament hatte das Gesetz am 20.12.13 verabschiedet (vgl. BN v. 23.12.13).

Serbien

Beginn der EU-Beitrittsgespräche unter schwierigen Bedingungen

Am 21.01.14 beginnen offiziell die EU-Beitrittsgespräche mit Serbien (7,3 Millionen Einwohner). Den Anfang machen die Kapitel: Justiz, Menschenrechte, Kosovo. Neben Problemen mit der serbischen Bevölkerung in Kosovo hat Serbien mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen, so hinsichtlich der Korruption und wirtschaftlichen sowie sozialen Lage. Das hoch verschuldete Land hat eine Arbeitslosenquote von über 26 %.

Serbien/Kosovo

Erneut Gewalt in Nord-Kosovo

Die Bildung der am April 2013 vereinbarten „Gemeinschaft der serbischen Gemeinden in Kosovo“ gestaltet sich weiter schwierig. Ein Teil der Gemeindevahl muss erneut organisiert werden, da der serbische Politiker Pantic die Annahme seiner Wahl zum Bürgermeister von Nord-Mitrovica verweigert hatte. Weil auf seiner Ernennungsurkunde das Kosovo-Staatswappen war, weigerte er sich sie zu unterschreiben.

Viele Serben wollen sich nach wie vor nicht in den kosovarischen Staat eingliedern lassen. Die Ermordung eines serbischen Stadtrates in Mitrovica am 15.01.14 verdeutlicht die angespannte Lage.

Russische Föderation

Rebellenführer Umarow angeblich getötet

Doku Umarow, einer der meistgesuchten Rebellenführer des Nordkaukasus, soll tot sein. Nach einer Aussage des tschetschenischen Republikführers, Ramsan Kadyrow, vom 16.01.14 gehe dies aus einem Tondokument hervor. Dabei soll es sich um ein Gespräch zwischen zwei hochrangigen Islamisten aus Kabardino-Balkarien und Dagestan handeln, die sich über die Nachfolge des bei einer Anti-Terror-Operation getöteten „Emirs“ unterhalten. Bislang konnten jedoch die föderalen Behörden und die Geheimdienste den Tod des Extremisten nicht bestätigen. Es lägen zu wenige Informationen vor. Hinzu kommt, dass die Tötung Umarows in den vergangenen Jahren immer wieder verkündet wurde (vgl. BN v. 08.07.13).

Islamisten bekennen sich zu Anschlägen in Wolgograd

Radikale Islamisten der Gruppe Ansar Al-Sunna haben sich zu dem Doppelanschlag im russischen Wolgograd bekannt. Auf einem bekannten Dschihadistenforum wurde am 19.01.14 ein Video in russischer Sprache veröffentlicht, auf dem die beiden mutmaßlichen Attentäter von Wolgograd zu sehen sind, die sich zu den beiden Anschlägen bekennen und zugleich vor weiteren Anschlägen auf die Olympischen Winterspiele in Sotschi warnen. Bei den Attentaten im südrussischen Wolgograd hatten Selbstmordattentäter Ende Dezember 2013 binnen 24 Stunden 34 Menschen in den Tod gerissen. Wolgograd liegt etwa 700 Kilometer von Sotschi entfernt.

Ukraine

Lage nach Gewaltexzessen weiter angespannt

Präsident Viktor Janukowitsch hat nach einem Treffen mit den pro-europäischen Oppositionspolitikern die Gründung einer Krisen-Kommission angekündigt. Bei Ausschreitungen von Regimegegnern am 19.01.14 in Kiew wurden mehr als 70 Milizionäre verletzt, rund 50 Angehörige der Sicherheitskräfte mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Die prominenten Oppositionspolitiker Klitschko und Jazenuk riefen ihre Anhänger zur Ruhe auf. Sie warnten vor Blutvergießen und forderten friedliche Verhandlungen für einen Ausweg aus der Krise. Nach den Massenprotesten am 19.01.14 mit bis zu 100.000 Teilnehmern setzten sich rund tausend Unzufriedene von der Kundgebung ab und versuchten, das Regierungsviertel zu stürmen. Sie warfen den Oppositionsführern einen zu weichen Kurs gegen Janukowitsch vor. Radikale Kräfte der Opposition waren mit Holzknüppeln und Brandsätzen gegen die Miliz vorgegangen. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Blendgranaten und Wasserwerfer ein. Zahlreiche Einsatzfahrzeuge der Sicherheitskräfte gerieten in Brand. Es gab mehr als zehn Festnahmen.

Verschärfung des Demonstrationsrechts

Das ukrainische Parlament (Oberste Rada) hat das Demonstrationsrecht massiv verschärft. In einer turbulenten Sitzung erhöhte es am 16.01.14 die Haftstrafen für die Besetzung und Blockade von Regierungsgebäuden. Künftig kann der ungenehmigte Aufbau von Bühnen oder Zelten auf öffentlichen Plätzen mit zwei Wochen Haft bestraft werden. Das Parlament stellte zudem Vermummungen auf Demonstrationen sowie Verleumdung und „extremistische Aufrufe“ im Internet unter Strafe. Die Oberste Rada wird von der Regierungspartei des Präsidenten Viktor Janukowitsch dominiert.

Der Staatschef muss die Gesetze noch unterschreiben, damit sie in Kraft treten.

Indien

Fünf Tote bei Rebellenangriff

Separatistische Rebellen haben im Unionsstaat Assam (Nordosten) fünf Menschen getötet. Wie die Polizei am 18.01.14 mitteilte, hatten die Täter einen Tag zuvor im Bezirk Kokrajahar einen Bus angehalten, acht Menschen zum Aussteigen gezwungen und das Feuer auf sie eröffnet. Fünf der Personen starben, drei wurden verletzt.

Bei den Angreifern handle es sich um Kämpfer der Nationalen Demokratischen Front von Bodoland, eine Gruppe, die seit Jahren für mehr Autonomie für das Volk der Bodo kämpft. Im Nordosten Indiens sind etwa 40 verschiedene separatistische oder linksgerichtete Gruppen aktiv.

China

Uigurischer Regierungskritiker festgenommen

Am 15.01.14 wurde Ilham Tohti, einer der bekanntesten uigurischen Regierungskritiker, in Peking festgenommen. Auch seine Mutter wurde festgenommen, jedoch kurz darauf wieder freigelassen. Der an der Universität der Nationalen Minderheiten in Peking lehrende Wirtschaftswissenschaftler wurde vorerst nur beschuldigt, das Gesetz übertreten zu haben; Näheres gaben die Behörden nicht bekannt.

Myanmar

Antimuslimische Gewalt

Widersprüchlichen Berichten zufolge sollen Übergriffe eines Mobs und von Sicherheitskräften zwischen dem 13. und 15.01.14 auf ein von muslimischen Rohingya bewohntes Dorf in Maungdaw (Rakhine State) bis zu mehrere Dutzend Todesopfer gefordert haben. Mindestens 100 Häuser und eine Moschee sollen zerstört worden sein. Die Behörden wollten dies zunächst nicht bestätigen.

Kampagne buddhistischer Mönche gegen interreligiöse Ehen

Mehrere tausend buddhistische Mönche versammelten sich am 15.01.14 in Mandalay. Sie beschlossen u.a., sich für ein Verbot von Ehen zwischen buddhistischen Frauen und Männern anderer Religionszugehörigkeit einzusetzen, bis ein entsprechender Gesetzentwurf verabschiedet sei. Der Entwurf geht auf die Initiative buddhistischer Mönche aus dem Jahr 2013 zurück und soll von der Oppositionspartei National Democratic Front ins Parlament eingebracht werden. Die antimuslimische 969-Bewegung um den Mönch Wirathu setzt sich ebenfalls für den Entwurf ein.

Bericht benennt Übergriffe des Militärs

Die in Thailand ansässige Organisation Women's League of Burma wirft dem myanmarischen Militär in einem vergangene Woche veröffentlichten Bericht vor, nach wie vor Vergewaltigungen von Frauen als ein Mittel der Kriegsführung einzusetzen. So seien seit 2010 mehr als 100 Frauen und Mädchen vergewaltigt worden. Die meisten Vorfälle hätten sich im nördlichen Shan State und im Kachin State ereignet.

Seit 2011 wurden mit rund einem Dutzend ethnischer Rebellengruppen separate Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Trotzdem kommt es mancherorts gelegentlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Ein landesweites Waffenstillstandsabkommen, das den Weg für einen politischen Dialog aller Konfliktparteien ebnen soll, wird derzeit vorbereitet.